

Richtlinie der Senatskanzlei für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der internationalen Beziehungen Hamburgs

1. Grundsätzliches

Nach der Präambel der hamburgischen Verfassung will die Freie und Hansestadt Hamburg "im Geiste des Friedens eine Vermittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern sein". Im Rahmen der Pflege der internationalen Beziehungen gewährt die Freie und Hansestadt Hamburg/Senatskanzlei nach Maßgabe dieser Richtlinie und der Verwaltungsvorschriften zu § 46 der Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen an Stellen außerhalb der Verwaltung für folgende Bereiche:

- Förderung entwicklungspolitischer Maßnahmen
- Förderung der Städtepartnerschaften und der strategischen Partnerschaften
- Förderung ostseepolitischer Maßnahmen
- Förderung der europapolitischen Interessenvertretung.

Ein Anspruch der Antragstellenden auf Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde nach Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Bei dem Personenkreis, der durch eine geförderte Maßnahme angesprochen oder begünstigt werden soll, ist ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis oder die Geschlechterneutralität der Maßnahme anzustreben, sofern der Antragstellende nicht einen geschlechtsspezifischen Zweck der Maßnahme sachlich begründen kann.

2. Zuwendungszweck und Gegenstand der Förderung

2.1. Förderung entwicklungspolitischer Maßnahmen

2.1.1. Allgemeines

Entwicklungspolitik ist ein Beitrag zu globaler Gerechtigkeit. Sie unterstützt nachhaltige Entwicklung als Strategie gegen Hunger und Armut und trägt zur politischen, ökonomischen und ökologischen Stabilität in Entwicklungsländern bei.

Hamburg leistet lokale Beiträge zur Entwicklungspolitik und zur Stärkung globaler Verbundenheit in der Einen Welt. Das Ziel sind Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um im Globalisierungsprozess positive Entwicklungen zu stärken und negative Effekte für Menschen in Entwicklungsländern zu reduzieren.

Im Rahmen der Entwicklungspolitik spielt die Zivilgesellschaft eine besondere Rolle. Mit der Förderung unterstützt die Freie und Hansestadt Hamburg Stellen außerhalb der Verwaltung, die in diesem Rahmen aktiv sind und über direkte, auf Eigeninitiative gegründete Kontakte oder Partnerschaften verfügen.

Es werden deshalb Zuwendungen gewährt zur Förderung von Entwicklungsprojekten und zur Durchführung von entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit in Hamburg.

Darüber hinaus sollte in der Entwicklungszusammenarbeit auch die Stärkung von wirtschaftlichen Strukturen ermöglicht werden. Die Förderung von Projekten, die das primäre Ziel der Wirtschaftsförderung und nicht der Gewinnmaximierung einzelner Unternehmen haben, sollen daher von einer Unterstützung im Rahmen dieser Förderrichtlinie ebenso profitieren.

2.1.2. Entwicklungsprojekte

Projekte zur direkten Lösung von Problemen benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern werden insbesondere in Hamburgs Partnerstädten León (Nicaragua) und Dar es Salaam (Tansania) gefördert. Durch beispielhafte Erfüllung zumindest eines der nachstehend aufgeführten Kriterien soll ihnen Modellcharakter zukommen:

- Stärkung der sozialen oder wirtschaftlichen Struktur;
- Ermöglichung von Selbsthilfe;
- Verbesserung der Situation benachteiligter Bevölkerungsteile (u.a. Frauen);
- Förderung der Stadtentwicklung und Verbesserung der städtischen Dienstleistungen;
- nachhaltiger Schutz der natürlichen Umwelt;
- Dialog der Religionen und Kulturen;
- partizipative Entwicklung und Anwendung von an lokale Bedürfnisse und Gegebenheiten angepassten Methoden und Techniken;
- wissenschaftliche Zusammenarbeit;
- internationale Vernetzung dezentraler entwicklungspolitischer Akteure.

Die Projekte sollen Elemente der öffentlichkeitswirksamen Information in Hamburg oder Rückwirkung nach Hamburg enthalten.

2.1.3. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Im Inland werden Maßnahmen wie Seminare, Ausstellungen, Foren, Dokumentationen, Studien, Begegnungen etc. gefördert, die sich mit entwicklungspolitisch relevanten Fragen befassen. Die Vorhaben sollen insbesondere dazu beitragen,

- das Verständnis und die Solidarität der Bevölkerung für die Menschen in den Entwicklungsländern zu erhöhen;
- neue Bevölkerungsgruppen einschließlich Multiplikatoren für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen;
- Ursachen von Unterentwicklung zu behandeln;
- das Verständnis für Fluchtursachen der Menschen aus Entwicklungsländern zu verbessern;
- interkulturelles Verstehen und interkulturellen Austausch zu fördern;
- das Erfordernis entwicklungs- und umweltverträglicher Veränderungen in den Industrieländern zu erörtern und ggf. Vorschläge zu entwickeln.

2.2. Förderung der Städtepartnerschaften und der strategischen Partnerschaften

2.2.1. Allgemeines

Mittel im Rahmen von Städtepartnerschaften und strategischen Partnerschaften sollen helfen, die Beziehungen Hamburgs zu seinen Partnerstädten und solchen Städten, zu denen eine strategische Partnerschaft besteht oder mit welchen eine strategische Partnerschaft eingegangen werden soll, einschließlich direkter Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie Kontakte zwischen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen zu fördern. Dabei soll auch unter jungen Menschen der Gedanke der internationalen Verständigung, Zusammenarbeit und des friedlichen Interessenausgleichs gestärkt werden. Zuschüsse werden vorrangig für solche Maßnahmen gewährt, in denen auf der Grundlage von Eigeninitiative eine Vertiefung der Zusammenarbeit erfolgt oder neue Kontakte mit Aussicht auf nachhaltige Beziehungen entwickelt werden. Im möglichen Umfang sollen im Gastland anfallende Kosten wie Unterkunft, Verpflegung oder Programmkosten vom Veranstalter selbst oder vom Gastgeber getragen werden.

2.2.2. Förderbereich

Förderungswürdig sind

- Jugend-, Schüler-, Studierenden- oder Praktikantenaustausch;
- Betreuung oder Austausch von Expertengruppen;
- Maßnahmen der Verwaltungskooperation und des Verwaltungsaustausches;
- Austausch auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, des Umweltschutzes und des Sports sowie von Vereinigungen;
- Maßnahmen von humanitärer bzw. entwicklungspolitischer Bedeutung;
- Fachveranstaltungen mit Relevanz für die städtepartnerschaftlichen Beziehungen und Beziehungen zu den strategischen Partnerschaften

2.2.3. Strategische Partnerschaften

Strategische Partnerschaften sind im Rahmen dieser Förderrichtlinie etablierten Städtepartnerschaften gleichgestellt. Strategische Partnerschaften sind zeitlich befristet. Förderungen an Städte und Regionen, zu denen eine strategische Partnerschaft besteht, sind im Hinblick auf ihre Dauer an die Dauer der strategischen Partnerschaft geknüpft. Die zu fördernden Projekte sollen während der Geltungsdauer der strategischen Partnerschaften beginnen.

2.3. Förderung ostseepolitischer Maßnahmen

2.3.1. Allgemeines

Die Fördermittel werden eingesetzt für Maßnahmen im Rahmen von Hamburgs bi- und multilateraler Ostseeezusammenarbeit. Als weltweit vernetzte Metropole mit zugleich engen Verbindungen in den Ostseeraum und durch seine Lage am westlichen Rand des Ostseeraums ist Hamburg eine wichtige Drehscheibe für die Region. Durch die feste Fehmarnbelt-Querung werden die letzten Lücken in den transeuropäischen Verkehrsnetzen geschlossen. Durch die engere verkehrliche Anbindung an Nordeuropa wird Hamburg noch stärker als bisher zum Tor nach Skandinavien und – für Skandinavien - zum Tor nach Mittel-, West- und Südeuropa. Die stark verbesserte Konnektivität wird zu einer intensiveren Zusammenarbeit von Hamburger Akteurinnen und Akteuren mit ihren Partnerinnen und Partnern im Ostseeraum auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und zivilgesellschaftlicher Ebene führen. Mit der Förderung ostseepolitischer Maßnahmen soll Hamburg weiter im Ostseeraum präsent sein.

2.3.2. Förderbereich

Gefördert werden Maßnahmen innerhalb und außerhalb Hamburgs mit Bezug zum Ostseeraum, inklusive der Ukraine.

2.4. Förderung der europapolitischen Interessenvertretung

2.4.1. Allgemeines

Die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg, Fachpublikum sowie interessierte Gäste der Stadt sollen durch Veranstaltungen (in unterschiedlichen Formaten: in Präsenz, digital oder hybrid), Besuchsprogramme zu europäischen Institutionen, Seminare mit Expertenbeteiligung, Podcasts und Publikationen jedweder Art sowie weiteren Angeboten (wie z.B. Videos, digitale Veröffentlichungen etc.) über die Weiterentwicklung der europäischen Integration in verschiedenen Politikfeldern informiert werden. Dabei soll für den Europagedanken geworben, und die Identifikation mit Europa soll gefördert werden.

2.4.2 Förderbereich

Projektbezogene Maßnahmen und Veranstaltungen, welche die europäische Integration thematisieren, über Europapolitik informieren oder den europäischen Leitgedanken und die Identifikation mit Europa fördern, sollen der breiten Öffentlichkeit sowie Multiplikatoren (u.a. aus Politik und

Verwaltung sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft) angeboten werden. Zielgruppe sind neben Bürgern, Verbänden und Unternehmen insbesondere Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Studierende und Auszubildende.

3. Zuwendungsempfängende

Zuwendungsempfängende sind vorrangig juristische Personen, insbesondere Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie sonstige Vereinigungen mit Sitz in Hamburg, die steuerrechtlich als gemeinnützig anerkannt sind. Zuwendungen an natürliche Personen sind grundsätzlich ausgeschlossen, es sei denn, diese treten als Stellvertreter für Personenvereinigungen auf, die einen gemeinnützigen Zweck verfolgen und sich nicht als juristische Personen organisieren können (z.B. Schulaustausch). Juristische Personen mit Gewinnerzielungsabsicht sind grundsätzlich von der Förderung ausgeschlossen. Ihre Förderung ist ausnahmsweise möglich, wenn ein besonderes erhebliches Interesse der Freien und Hansestadt Hamburg an dem Zuwendungszweck besteht, der über das wirtschaftliche Interesse des Antragstellers erheblich hinausgeht.

Zuwendungsempfängende sind berechtigt, die Zuwendungsmittel an Dritte weiterzugeben, wenn eine entsprechende (vertragliche) Vereinbarung zwischen Zuwendungsempfängenden und Letzt-empfangenden geschlossen wird. Der/Die Zuwendungsempfängende muss sicherstellen, dass der/die Letzt-empfangende die Bestimmungen des Zuwendungsbescheides kennt (z. B. durch Übersendung einer Bescheidkopie). Der/Die Zuwendungsempfängende ist für die zweckentsprechende Verwendung der Mittel durch die/den Letzt-empfangende/n verantwortlich und haftet für ihr/sein Fehlverhalten. Rückforderungsansprüche der Bewilligungsbehörde werden gegenüber dem/der Zuwendungsempfängenden geltend gemacht.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungen werden nur für solche Vorhaben bewilligt, die im Sinne der beantragten Maßnahme oder Teilmaßnahme noch nicht begonnen wurden. Es werden grundsätzlich keine Finanzierungen aus verschiedenen Titeln des Hamburger Haushalts vorgenommen.

Antragstellende müssen über hinreichende Kenntnisse und Erfahrungen in dem Bereich, für den sie eine Zuwendung beantragen, verfügen und darlegen, inwieweit mit der geförderten Maßnahme die Ziele der Senatskanzlei verfolgt werden. Sie müssen glaubhaft machen, dass sie fachlich, personell und organisatorisch in der Lage sind, Projekte qualifiziert zu planen, durchzuführen, zu kontrollieren und eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gewährleisten zu können. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten ihrer Beschäftigten, die zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbot benötigt werden, darf unabhängig von weitergehenden datenschutzrechtlichen Regelungen nur mit dem Einverständnis der Antragstellenden erfolgen.

Antragstellende sollen ihre Projekte im Falle internationaler Durchführung gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern in den betreffenden Ländern, Regionen oder Städten durchführen. Sie sollen ergänzende Förderprogramme oder monetäre bzw. nichtmonetäre Unterstützungen auf nationaler oder internationaler Ebene im Rahmen der Möglichkeiten mit einbeziehen.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Zuwendungen werden im Rahmen der Projektförderung oder der institutionellen Förderung grundsätzlich als nicht rückzahlbare Zuschüsse bewilligt.

Die Fehlbedarfsfinanzierung ist die in der Senatskanzlei regelhafte Finanzierungsart. Anteil-, Festbetrags- und Vollfinanzierung können nach der Gestaltung des Projekts und den einsetzbaren eigenen Mitteln bzw. nichtmonetären Leistungen sowie etwaigen Zuwendungen Dritter festgelegt werden.

Bei der Förderung von Veranstaltungen, Reisen oder Austausch, bei denen Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Reise bezuschusst werden, sind Beiträge der Teilnehmenden in angemessener Höhe von dem/der Zuwendungsempfängenden zu erheben und im Finanzierungsplan auszuweisen.

Die Höhe der Zuwendung bemisst sich nach den Einnahmen, Eigen- und Drittmitteln und zuwendungsfähigen Ausgaben des/der Zuwendungsempfängenden.

Zuwendungsfähig sind nur solche Ausgaben, die nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere nach § 46 LHO und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen, als zuwendungsfähig in Betracht kommen. Die Ausgaben müssen sich auf Maßnahmen des geförderten Vorhabens beziehen, unter fachlichen Gesichtspunkten als förderungswürdig erscheinen und mit dem Zuwendungszweck in Einklang stehen.

Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere Ausgaben für Geldpreise, Zinsausgaben, Entgelte aufgrund von Kauf-, Miet- und Werkverträgen, Spenden, sowie satzungsgemäße Mitgliedsbeiträge. Ebenfalls nicht zuwendungsfähig sind Personalkosten, die dem Besserstellungsverbot entgegenstehen.

6. Erfolgskontrolle

Zuwendungsempfängende haben für den Zuwendungszweck vom dem/der Zuwendungsgebenden bestimmte Ziele und Kennzahlen zu erfüllen, die im Zuwendungsbescheid näher konkretisiert werden. Die geförderte Maßnahme wird anhand des Zielerreichungsgrades im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung und der Erfolgskontrolle bewertet.

Wird die Zuwendung nicht zweckentsprechend verwendet und/oder werden die zur Konkretisierung des Zuwendungszwecks vorgegebenen Ziele und Kennzahlenwerte nicht zu dem im Bescheid vorgegebenen Zielerreichungsgrad erreicht, kann die Senatskanzlei den Zuwendungsbescheid (ganz oder teilweise) widerrufen.

7. Antragsverfahren

Zuwendungen werden auf schriftlichen oder elektronischen Antrag gewährt, wenn die oder der Antragstellende und die handelnden Personen eindeutig zu identifizieren sind, die Echtheit der Dokumente sichergestellt wird, die Daten nachvollziehbar und plausibel dargestellt werden und die Abwicklung dokumentiert wird.

Der Antrag muss eine eindeutige Beschreibung des Zuwendungszwecks der zu fördernden Maßnahme enthalten. Zusätzlich und neben den zuwendungsrechtlich geforderten Unterlagen sind dem Antrag schon bestehende oder vorgesehene Vereinbarungen bzw. entsprechende Korrespondenz über Absprachen mit Partnern in Entwicklungsländern (in den Fällen von 2.1.2.) bzw. Dritten beizufügen. Der Antrag soll mindestens zwei Monate vor Beginn des Zuwendungszeitraumes in der Senatskanzlei vorliegen, damit die Antragsprüfung in einem angemessenen Zeitrahmen erfolgen kann. Die Senatskanzlei steht für Beratungen vor der Stellung der Zuwendungsanträge zur Verfügung.

8. Bewilligung

Die Zuwendungen werden durch Zuwendungsbescheid auf der Grundlage der VV zu § 46 LHO (in Verbindung mit dieser Richtlinie) bewilligt.

Im Zuwendungsbescheid werden die Auflagen für den bzw. die Zuwendungsempfangenden konkret festgelegt.

Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt bei Nachweis des Bedarfes auf Abforderung. Einzelheiten regelt der Zuwendungsbescheid.

Zuwendungsempfängende, die von der Senatskanzlei durch Zuwendungen unterstützt werden, sollen bei der Öffentlichkeitsarbeit und Darstellung für ihr Projekt angemessen auf die Förderung durch die Stadt Hamburg hinweisen. So ist zum Beispiel in Publikationen das Hamburg Behörden-Logo der Senatskanzlei aufzunehmen. Dieses ist bei Bedarf bei der Senatskanzlei abzufordern.

Der Senatskanzlei ist nach Ablauf des Zuwendungszeitraumes innerhalb der im Zuwendungsbescheid festgelegten Frist ein Verwendungsnachweis vorzulegen, welcher die Abrechnung der zur Verfügung stehenden Mittel beinhaltet. Die Vorlage dient der Prüfung des wirtschaftlichen und sparsamen Einsatzes der zugewendeten Mittel. Ebenfalls ist ein Sachbericht vorzulegen, welcher auf die Erreichung des Zuwendungszwecks und der im Zuwendungsbescheid vorgegebenen Ziele (gem. Ziffer 6) eingeht. Einzelheiten zum Verwendungsnachweis regelt der Zuwendungsbescheid.

9. Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen ANBest-P und ANBest-I-, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind. Die Regelungen des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes bleiben unberührt.

10. Inkrafttreten und Befristung

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung zum 01.04.2025 in Kraft. Sie ist befristet bis zum 31.12.2029. Die Richtlinie der Senatskanzlei für die Förderung der internationalen Beziehungen Hamburgs vom 01. November 2002 tritt zeitgleich außer Kraft.

Jan Pörksen
Staatsrat der Senatskanzlei